

Sofortinformation über die Beratung des Bundesausschusses der Partei DIE LINKE am 19. und 20. November 2022

Der Bundesausschuss kam am 19. und 20. November 2022 zu einer Präsenzsitzung zusammen. Nach der Konstituierung wurde die Beratung mit den Berichten aus den Parteistrukturen fortgeführt. Aus dem geschäftsführenden Parteivorstand informierte Daphne Weber über die aktuellen Themen aus dem Parteivorstand. Der Vorstand hat sich in seinen zurückliegenden Sitzungen mit der Kritik am Bürgergeld, den Teuerungen und den Aktionen zum heißen Herbst und den Vorbereitungen der Kommunal-, Landtags- und Europawahlen beschäftigt.

Mit Blick auf die innerparteiliche Situation wies Daphne Weber darauf hin, dass der Zustand der Partei nach wie vor krisenhaft sei und mit Blick auf die anstehenden Aufgaben und gesellschaftlichen Herausforderungen der Fokus auf die inhaltlichen Debatten gelegt und die Vielstimmigkeit aufgelöst werden muss.

Aus der Bundestagsfraktion berichtete Thomas Lutze (MdB). Er betonte, dass es eine verbesserte Zusammenarbeit der Fraktion mit der Partei gibt und ein leicht verbessertes Durchdringen mit Inhalten zu verzeichnen ist. Die politische Schwerpunktsetzung der Fraktion muss noch verbessert werden, auch vor dem Hintergrund der geringeren Zahl von Abgeordneten.

Mit Blick auf die vergangene Landtagswahl in Niedersachsen hatten die Vertreter*innen des Landesverbandes die Gelegenheit, das Wahlergebnis auszuwerten und zur Diskussion zu stellen. Torben Peters berichtete zu den zurückliegenden Wahlkämpfen und gab die Einschätzung des Landesverbandes Niedersachsen zu den Wahlergebnissen wieder. Zum einen konstatierte Torben Peters unter anderem den negativen Bundestrend als einen der Gründe für das schlechte Abschneiden bei den Landtagswahlen und zum anderen Probleme bei der Mobilisierung der eigenen Genoss*innen für den Wahlkampf sowie eine Krise der Demokratie und eine zunehmende Stärke der Rechten.

Der Bericht des Präsidiums des Bundesausschusses lag schriftlich vor. Informiert wurde darüber, dass der Bundesausschuss in Vorbereitung der Europawahlen in die Erarbeitung des Europawahlprogrammes im Vorfeld vom Parteivorstand mit einbezogen werden soll.

Es folgte eine Diskussion.

Im weiteren Verlauf diskutierte der Bundesausschuss über die Vorbereitung der Europawahl 2024. In den Landesverbänden wurden durch die Bundesausschussmitglieder Fragen zur programmatischen Aufstellung der LINKEN für den Europawahlkampf mit den Genoss*innen diskutiert und in Arbeitsgruppen im Bundesausschuss rückgespiegelt. Die Ergebnisse werden aufbereitet und eine weitere Debatte im Bundesausschuss und den Landesverbänden mit Blick auf die Europawahlen vorbereitet. Kernpunkte aus den Workshops waren die besondere Beachtung der Wahlen für den ländlichen Raum, die Verbindung transnationaler Kämpfe, klare inhaltliche Positionierung und die Verknüpfung Europas, der EU mit der Kommune.

Im Anschluss daran informierten der Bundesgeschäftsführer Tobias Bank, der Parteivorsitzende Martin Schirdewan und das Mitglied des Vorstandes der Europäischen Linken (EL) Judith Benda zu strategischen, inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitungen der Europawahl 2024.

Sie bezogen sich dabei auf die Beschlüsse des Parteivorstandes und den Rechenschaftsbericht der Europäischen Linken.

Tobias Bank ging auf die Verbindung der Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen, den Aufbau der Wahlkampfstrukturen und die Unterstützung in den Ländern ein. Er machte deutlich, dass nicht die Frage zu Europa im Mittelpunkt steht, da wir als LINKE und europäische Linke Teil Europas sind, sondern die zentrale Frage ist, welches Europa wir als LINKE wollen. Martin Schirdewan schloss daran an und legte den Fokus auf die Betonung von Gemeinsamkeiten und notwendigen Klärungen strategischer Fragen sowie einer Schwerpunktsetzung der Themen.

Judith Benda informierte über den bevorstehenden Kongress der Europäischen Linken (EL-Kongress), die Relevanz einer Wahlplattform der EL und der großen Verantwortung der deutschen LINKEN in der europäischen Linken. Des Weiteren wies sie auf die Wichtigkeit gemeinsamer Bildungsveranstaltungen zur EL hin.

Am zweiten Beratungstag beriet der Bundesausschuss die vom Parteitag überwiesenen Anträge. Aus dem Antrag L05 „Konkrete Zukunftskonzepte für eine sozialistische Gesellschaft entwickeln“ wurde der Antragstext unter Ziffer eins mehrheitlich beschlossen, der Text unter Ziffer zwei wurde abgelehnt und damit entfiel der Text unter Ziffer drei, da er im Bezug zu Ziffer zwei stand.

Der Antrag P.12 zur Zusammenarbeit von Parteivorstand und Bundesarbeitsgruppen wurde vertagt. Der Antrag G.10 „Solidarische linke Regionalpolitik durch Investitionslenkung“ wurde beschlossen. Der Antrag G.06 „Der 8. Mai muss Feiertag werden“ wurde mit Übernahme, dass dies in den Landesverbänden und Landesparlamenten initiiert werden soll, einstimmig beschlossen. Des Weiteren hat der Bundesausschuss als Mitglied für die Reformkommission beim Parteivorstand Barbara Borchardt ein imperatives Mandat erteilt.

Es wurde ein Dringlichkeitsantrag zur Verurteilung der Angriffe durch die Türkei auf die Kurd*innen in der Nacht vom 19. auf den 20. November 2022 verabschiedet.

Der Antrag 025 „Arbeitsgruppe in Umsetzung des Parteitagsbeschlusses zu Volksentscheiden“ wurde abgelehnt.

Die nächste Beratung des Bundesausschusses findet am 04. und 05. März 2023 digital statt.

21. November 2022

Präsidium des Bundesausschusses:

Gunhild Böth, BAG Bildung

Cornelia Swillus-Knöchel, NRW

Mandy Eißing, Thüringen

Martin Günther, Brandenburg

Lars Hilbig, Forum Demokratischer Sozialismus

Alexander Kauz, Baden-Württemberg